

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für sechs Monate 1.00 Mk., bei halbjährlicher Zahlung 5.00 Mk., bei vierteljährlicher Zahlung 3.00 Mk. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetrag.

Interate kosten die achtseitige, Langparagrafen oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Übersetzungssatz 70 Pf., bei Familien- u. Vereinsanzeigen 50 Pf. der Zeitung fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Lloyd Georges Programmrede.

## Englands schwierige Lage.

HN. Haag, 19. August.

Holländisch Nichtbüro meldet aus London: Lloyd George gab in seiner gestrigen Programmrede im Unterhaus einen Überblick über die Lage von Handel und Industrie. Er führte u. a. aus:

Der Glaube, daß die Welt sofort nach Kriegsende wieder in einen normalen Zustand kommen könnte, der hat keinen Niederschlag über die Ausdehntheit der letzten fünf Jahre und deren Wirkung. Die direkten Kosten des Krieges sind sehr groß, und sie sind nicht zu unterschätzenden Kosten verwandt worden, sondern haben der Vernichtung geseht. Die Schwierigkeiten haben denn auch sofort nach der Einstellung der Feindseligkeiten begonnen. Man erwartete allgemein, daß die Preise sofort heruntergehen sollten und gleichzeitig bestand ein allgemeiner Mangel an Arbeit und Material, dazu kamen Transportbeschwerden und die Gerüchte, daß in anderen Ländern große Vorräte von Rohstoffen angehäuft seien, die England sofort nach Friedensschluß überschmeißen sollten. Von Meer und Flotte sind jetzt 800000 Mann demobilisiert, und von dieser großen Zahl ist nur ein ziemlich unbedeutender Teil nicht wieder in der Industrie untergekommen. Der Handel wird immer besser. Aber es bleiben doch noch immer große Schwierigkeiten zu überwinden.

Die erste Schwierigkeit liegt in der schlechten Handelsbilanz, die gegenwärtig etwa 800 Millionen Pfund Sterling beträgt. Außerdem ist die Anzahl der Schulden auf 7600 Millionen Pfund Sterling gestiegen und die Pensionen bilden eine dauernde Belastung von 100 Millionen Pfund Sterling jährlich. Zur Bedienung dieser schlechten Handelsbilanz und der erheblichen Ausgaben gibt es nur einen Weg, und zwar der der Erhöhung der Erzeugung. Die jetzt bestehende Verringerung der Erzeugung wird teilweise dadurch veranlaßt, daß die Kriegsvorbereitungen während der ersten Zeit weiter behoben und durch den großen Mangel, der die Welt betroffen hat und der die Wiederherstellung des industriellen Lebens verzögert. Als dritter Faktor ist die Überforderung der Maschinen anzusehen. Arbeitermangel und Erschöpfung können nur durch einen neuen Anlaufschwung des Volkes beseitigt werden. Innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre haben die Arbeiter eine enorme Erhöhung ihrer Löhne erzielt. Auch die Arbeitsstunden sind herabgesetzt worden. Jetzt ist der Regierung eine Gesetzesvorlage bezüglich der Arbeitsstunden und Löhne eingebracht worden, die ein Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezweckt und gleichzeitig eine 48 Stunden Arbeitswoche und eine Bahnregelung einführen soll. Es wird weiter versucht, in der Industrie soziale Maßnahmen zu treffen und die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern soll in Zukunft vermieden werden. Die Frage der Gewinnbeteiligung wird auf neue Weise mit Hilfe der Regierung geprüft werden. Lloyd George verlangt weiter eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und schließlich bald nach Ende der Parliamentsferien eine Gesetzesvorlage über die Regelung der Wohnungszusage an.

Dann sprach Lloyd George über die Kohlenfrage. Die Regierung hat den Bericht des Steinforenanschlusses, der die Verstaatlichung des Steinkohlenbergwerkes befürwortet, geprüft und daraufhin selbst die Bildung eines Fonds vorgeschlagen, aus welchem Mitteln für einen besseren Lebensunterhalt der Arbeiter beschaffen werden sollen. Die Regierung kann aber den Plan des Ministers Sankens über die Verstaatlichung der Bergwerke nicht annehmen. Sie hat jedoch grundsätzlich einen Plan zur Verstaatlichung und Reorganisation angenommen und ferner beschlossen, Maßnahmen für ein Zusammenwirken zu ergreifen, damit man zu besseren Lebensbedingungen in der allgemeinen Industrie kommt. Es wird beabsichtigt, das Land in Distrikte einzuteilen und in jedem dieser Distrikte die Erzeugung der dort befindlichen Steinkohlengruben zusammenzuführen. Lloyd George hofft, daß Anfang September eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bergbau erzielt werden kann.

Die Regierung hat weiter Maßnahmen bezüglich der Einfuhr vorbereitet und verlangt, daß das Handelsamt Maßnahmen ergreifen soll, um die nicht notwendigen Einfuhr von Waren zu vermeiden, die hinter den Erzeugungsstellen zurückbleiben, zu vermeiden. Dies ist im Zusammenhang mit dem schlechten Stand der Wälsche notwendig. Ein anderer Vorschlag der Regierung hängt mit dem Erzeugungsübermaß zusammen. Es ist dem Parlament bereits

eine Gesetzesvorlage bezüglich Verwendung der Elektrizitätskräfte eingebracht worden. Die Regierung wird in der Herbstsitzung des Parlaments eine neue Vorlage einreichen, welche ein Gleiches für die Wasserkraft im Lande bezweckt. Weiter werden Untersuchungen bezüglich einiger Maßnahmen vorgenommen, deren Einfluß auf die Zukunft der britischen Industrie einen erheblichen Einfluß haben kann. Zu diesem Zweck hat Lloyd George mit den Premierministern der selbstverwaltenden Dominionen Unterredungen gehabt und diese haben alle großen Wert darauf gelegt, daß der gesamte Reichshandel durch Verbesserung der Verbindungswege zwischen den Dominionen, Indien und dem Mutterlande gehoben werden muß. Weiter hat die Regierung Vorschläge mit Bezug auf die Wiederherstellung des Handels in den desorganisierten Teilen Europas in Vorbereitung.

Besonders der Landwirtschaft lagte Lloyd George, daß er keine Regelung für möglich halte, die nicht wenigstens noch ein Jahr die Preiskontrolle fortbestehen lassen müßte.

Die bereits vor einigen Tagen von der 'Daily News' gemeldete Stellungnahme der englischen Regierung zu der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke findet durch die Ausführungen Lloyd Georges ihre Bestätigung. Die Regierung lehnt die Verstaatlichung nach den Plänen des Richters Sankens ab, die die volle Billigung der Bergarbeiter gefunden haben. Damit dürfte auch neue die Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern heraufbeschworen werden, die bisher geschlossen für die Verstaatlichung der Bergwerke eingetreten sind.

Im übrigen zeigen die Ausführungen Lloyd Georges, daß die englische Regierung den drohenden sozialen Konflikten mit der Arbeiterschaft durch eine Reihe von Reformen die Schärfe zu nehmen sucht. Sie beschleunigt die Demobilisierung von Armee und Flotte und will durch Reubehebung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit eindämmen. Aber das immer weitere Umsichgreifen von Streiks zeigt, daß die durch den Krieg hervorgerufene gewaltige Verhäufung der Massenengpässe und das geistige Nachdruckbewußtsein der Arbeiterschaft auch in England zu einer Verschärfung des Klassenkampfes geführt hat, dessen Austragung vielleicht durch soziale Reformen aufgehoben, aber nicht verhindert werden kann.

## Ruhe in Oberschlesien.

Eigener Drahtbericht der 'Freiheit'.

Glindeburg (O. Schl.), 18. August.

Das Straßenleben ist trotz Aufgebotes großer Militärmasse ruhig. Die Haltung der Arbeiter im Kreis Glindeburg ist besonnen. Es wird viel Stimmungsmache von den Pressestellen und von Wolffs Bureau betrieben. Es ist bisher nirgends zu Ausschreitungen gekommen.

## Die Lage wird wieder hergestellt.

Rattowik 18. August.

W. T. V. teilt mit: Ueber die Lage bei Rattowik wird gemeldet, daß der Verdacht des Aufstandes auf Schoppinik, Janow und Nilschschade beschränkt ist. Rattowik mit seinen Vororten ist gänzlich ruhig. Auch Maslowitz, wohin sich die kleinen Grenzpöster zurückgezogen hatten, war den Tag über nach der Schierei der Nacht im allgemeinen ruhig und erst in der Nacht der Reichswehrtruppe. Den Aufständern gelang es, vereinigt kleine Truppe, die in den Ortschaften eingeschlossen waren, noch länger anzuhalten, bis sie schließlich in Folge Munitionsmangels zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Postierungen menschenlos gemacht. So der Härtner der eingeschlossenen Pionierkompanie, der auf dem Wege nach Julella einem Hinterhalte zum Opfer fiel. Die Erhitterung der Truppe, die ihre oberstehtliche Gräntz verteidigt, kennt dem hinterlistigen Feinde gegenüber keine Grenze. Die eingeschlossenen Teile führten hellenweise ein Stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Weiter werden auf unserer Seite Offiziere und Mannschaften vermisst, doch dürften die Verluste der Gegner erheblich höher sein. Mit Hilfe der eingeschlossenen Verbände kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Lage im Laufe des heutigen Tages wieder hergestellt wird.

## Dividendenpolitik und Regierung.

Gegenwärtig, da die dem Unternehmertum verbündete Presse, angesichts des Ringens der Hand- und Kopparbeiter um Sicherstellung ihrer Lebenshaltung, sich nicht genug tun kann in Klagen über ruinöse Lohnforderungen, Zusammenbruch der Betriebe, Untergrabung der Wirtschaft und dergleichen mehr, ist es von besonderem Interesse, sich einmal die in letzter Zeit zur Verteilung gelangten oder noch gelangenden Dividenden der am 31. Dezember abschließenden deutschen Aktiengesellschaften etwas näher anzusehen. Gewiß hat das Geschäftsjahr 1918 noch überwiegend im Zeichen der Kriegskonjunktur gestanden. Aber, man sollte meinen, daß eine fürsorgliche, auf das Volksganze bedachte Verwaltung sich unter den veränderten Verhältnissen bei der Ausschüttung der Gewinnanteile Reserve anfertigen und das Betriebskapital soweit wie möglich schonen würde.

Wahllos sind nachfolgend aus allen Wirtschaftsgebieten die Dividenden von ungefähr 100 Aktiengesellschaften zusammengestellt. Es verteilen für 1918: Ver. Deutsche Nadelwerke 22 Proz. (außerdem Auflösung des Reservefonds 11 zugunsten der Aktionäre), Kronprinz Metallwerke 15 Proz. und 20 Proz. Sonderauschüttung, Kupferwerke Deutschland 10 Proz., Hedderheimer Kupferwerke 10 Proz., Blattmetallwerke München 14 Proz. und 100 M. pro Aktie Sonderauschüttung, A. G. Spinn u. Sohn 15 Proz., F. W. Dusch, Vödenheid 20 Proz., Dittmann-Neubaus 22 Proz., Gust. Genskow 14 Proz., Helten u. Guilleaume 10 Proz., Rhein-Rastan-Bergwerk 12 Proz., Nibelde Montanwerke 9 Proz., Braunkohlen Vorna 6 Proz., Rheinische Akt.-Gesellschaft für Braunkohlen u. Briquetfabrikation 10 Proz., Werschen-Weißenseiler Braunkohlen 8 Proz., Caroline Braunkohlen 20 Proz., Belkenbergwerk 6 Proz., Sibirnia Bergwerk 7 1/2 Proz., Mühlheimer Bergwerk 10 Proz., Dtsch. Kaliwerke 7 Proz., Adler Kaliwerke 6 Proz., Kaliwerke Akerleben 7 Proz., Kaliwerke Friedrichshall 16 Proz., Salzeise Kaliwerke 10 Proz., Egeforff Salzeise 12 Proz., A.-G. für chem. Industrie, Gelsenkirchen, 16 Proz., Harbwerke Laver 12 Proz., Badische Anilin und Soda 12 Proz., Höchstler Harbwerke 12 Proz., Chemische Fabrik vorm. Weiler ter Meer 10 Proz., Chemische Fabrik Grünau 10 Proz., F. D. Kiesel 16 Proz., Th. Goldschmidt 12 Proz., Nitratfabrik Cöpenick 12 Proz., Deutsche Sprengstoff 15 Proz., Erzbergische Dynamit 11 1/2 Proz., Köln-Rottweiler Pulver 10 Proz., und 15 Proz. Sonderauschüttung, Sprengstoff Carbonit 12 1/2 Proz., Rheinisch-Westf. Sprengstoff 8 Proz. und 4 Proz. Sonderauschüttung, Dynamit Nobel 15 Proz., Westf.-Anh. Sprengstoff 25 Proz., Siegener Dynamit 8 Proz. und 4 Proz. Sonderauschüttung, Deutsche Wafsen- u. Munitionsfabriken 30 Proz., Ludwig Loewe u. Co. 20 Proz., Direner Metallwerke 15 Proz., Accumulatorenfabrik Berlin-Hagen 20 Proz., Sachsenwerk Licht u. Kraft 30 Proz., Concordia Elektro 10 Proz., Labmeyer Elektro 8 Proz., Maschinenfabrik Westfalia 12 Proz. und 6 Proz. Sonderauschüttung, Maschinenfabrik Grevendroich 12 Proz., Maschinenbau-Cassel 10 Proz., Sudentenburger Maschinenfabrik 10 Proz., Ver. Schmitz- und Maschinenfabriken 20 Proz., Maschinenfabrik Nordstroh u. Schneider 14 Proz., Maschinen- und Armaturenfabrik Breuer 10 Proz., Maschinenfabrik Budau 10 Proz., Frankfurter Maschinenfabrik 14 Proz., Gebr. Adrting 10 Proz., Schubert u. Salzer 20 Proz. und 10 Proz. Sonderauschüttung, Deutsche Eisenbahn-Signal-Werke 10 Proz., Eisenbahnsignal-Fabrik 12 Proz., Deutsche Gießerei- und Maschinenfabrik 15 Proz., Deutsche Schachtbau 20 Proz., Sonderauschüttung, Gropviner Werke 16 Proz. und 4 Proz. Sonderauschüttung, Tiedlenberg Schiffwerft 10 Proz., Drenstein u. Koppel 14 Proz., Ramak u. Giesfeld 15 Proz., Marienhütte 10 Proz., Andriewerke, Zwidau, 15 Proz., Zellstoff-Waldhof 15 Proz., Stettiner Papier 10 Proz., Ver. Strohhof-fabrikanten 18 Proz., Ver. Konfischland 11 Proz., Ver. Kunst-Industrie 18 Proz., Berlin-Frankfurter Gummi 15 Proz., Triptis Porzellan 8 Proz., Hochfrequenz-Maschinen 10 Proz. und 11 1/2 Proz. für Aktien Lit. A und 39,6 Proz. für Aktien

H. B. C. Borens, Berlin, 12 Proz. und 10 Proz. Sonderauschüttung, Jul. Binisch 10 Proz. und 47 M. pro Aktie, Rheinische Chamotte 20 Proz., Hermannshöfen 25 Proz., Deutsche Erdöl 20 Proz., Ludwig Lang u. Co. 18 Proz., Langbein-Wannhauser Werke 15 Prozent, Gebr. Hörmann 12 Proz., Reiß u. Martin 15 Proz. und 75 M. Sonderauschüttung, Lederfabrik Girsberg 15 Proz., Kachener Lederfabrik 10 Proz., David Richter 10 Proz., Aktienspinnerei Kachen 15 Proz., Aktienweberei Schwarz 10 Proz., Joh. Birmes u. Co. 16 Proz. und 5 Proz. Sonderauschüttung, Lillfabrik Glöha 16 Proz., Gebhardt u. Co., Bohwinkel, 18 Proz. und 20 Prozent Sonderauschüttung.

Man sieht: in den Dividenden, die sich fast durchweg auf sehr beträchtlicher Höhe bewegen, haben die Herreniaden des Unternehmertums jedenfalls keinen Niederschlag gefunden; im Gegenteil hat eine Reihe von Vermaltungen es für angebracht gehalten, den armen, notleidenden Aktionären aus angesammelten Reserven noch Sonderzuweisungen zu gewähren, und das in Zeiten, die mehr als je zur strengsten Zusammenhaltung des Betriebskapitals mahnen. Selbst die endgültigen, das deutsche Wirtschaftsleben so schwer bedrohenden Friedensbedingungen haben es nicht vermocht, die Profitunartigen Aufsichtsräte und Aktionäre zur Besinnung auf das Wohl des Ganzen zu bringen, die Dividendenhochflut einzudämmen.

Noch ein anderes ist zu dieser Dividendenpolitik zu sagen.

Die Selsenskirchener Bergwerksgesellschaft hat, das laufende Geschäftsjahr bisher 4 Millionen Mark Verlust erbracht; zu gleicher Zeit verteilt sie an Dividende und Ausschüttung Tantieme ungleich das Dreifache. Die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Südel bringt 15 Proz. an ihre Aktionäre zur Ausschüttung; im Geschäftsbericht wird erklärt, die Gesellschaft habe im neuen Jahre mit Verlust gearbeitet. Die Maschinenfabrik Westalia, Selsenskirchen, spricht von Geschäftserfolgung in ihrem Betriebe; Dividende 12 Proz. und 6 Proz. Sonderauschüttung. Diese Beispiele ließen sich um ein Vielfaches vermehren.

Witte Juni d. J. forderte die Württembergische Landesversammlung in einer Entschließung, es möge auf die Reichsregierung dahin eingewirkt werden, daß — vor allem bis zur Regelung der Vermögensabgabe — die Aktiengesellschaften nur mit Genehmigung der staatlichen Behörden Ausschüttungen vornehmen, insbesondere Dividenden zahlen dürften. Die Herren in Stuttgart besitzen einen beneidenswerten Optimismus, wenn sie glauben, daß diese Regierung mit einem Schiffer oder gar Dornburg oder Erzberger als Finanzgewaltigen etwas gegen den Kapitalismus unternehmen würde. Es ist natürlich nichts geschehen, und wenn das Berliner Tageblatt in einer redaktionellen Notiz zu der vorerwähnten Entschließung meint, die Steuererhebung werde noch Rembour schaffen, so muß man nach den bisherigen Erfahrungen ein recht großes Fragezeichen dahinter setzen. Was eben in Sicherheit zu bringen war, haben die Aktiengesellschaften in Sicherheit gebracht. Und wenn gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände von der Werksverwaltungen finanzielle Unmöglichkeit hervorgekehrt wird, so können Angestellte und Arbeiter mit Recht darauf hinweisen, daß diese Unmöglichkeit vor den Drohen des Wirtschaftslebens, den Herren Aktionären, nicht vorhanden war, — dank der Untätigkeit einer Regierung, die, wie in allen Wirtschaftsfragen, so auch hier verlagte.

## Die höchste Ehrung, die sie zu vergeben haben . . .

Wie die bürgerliche Presse berichtet, wurde Hindenburg zum Ehrendoktor-Ingenieur aller technischen Hochschulen Deutschlands ernannt. In der ihm überreichten langatmigen Urkunde heißt es:

„Herrn und Senate der Technischen Hochschulen des Deutschen Reiches verleihe ich einstimmigen Antrag ihrer sämtlichen Abteilungen dem ruhmreichen Helden und Schirmer deutschen

Heldens, dem leuchtenden Vorbild deutscher Tugend, Generalmarschall v. Hindenburg, in bewundernder Würdigung seiner unvergänglichen Verdienste um die zielbewusste Verwertung und gewaltige Förderung des deutschen Erfindungsgeistes und deutschen Schaffens auf allen Gebieten der Technik, die unter seinen Händen ein mächtiges Werkzeug im Ringen Deutschlands gegen eine Welt von Feinden wurde, die Würde eines Ingenieur-Ehrenhalbes und bestätigen diese am 4. Juni 1919, dem Tage seiner Rückkehr in die Heimat gemeinsam bezeugende Ehrung, die höchste, die sie zu vergeben haben, durch gegenwärtige Urkunde.“

Zunächst Der Mann hat den deutschen Erfindungsgeist gewaltig gefördert; er ließ ihn Monkreuz- und Geldkreuzgranaten, Stidgas und Flammenwerfer erfinden. Und er hat deutsches Schaffen zielbewusst verwertet; die grauenvoll zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, Belgiens und Serbiens zeugen von diesem Zielbewußtsein. Daß deutsche Hochschulen die höchste Ehrung, die sie zu vergeben haben, nicht einem schaffenden, sondern einem zerstörenden Menschen verleihen, spricht nicht zugunsten des Feldmarschalls, wohl aber gegen den Geist, der heute ebenso wie früher in diesen Hochschulen leider herrscht.

## Die Ertrapyten.

Nach fast dreitägigem qualvollen Nachdenken äußert sich der „Vorwärts“ endlich über die Feststellungen in unserer Sonnabend-Abendnummer, daß in den Räumen der Bezirksorganisation des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins ein regierendes Spindelbureau besteht, dessen Angestellte von der Regierung bezahlt werden und Hand in Hand mit der politischen Abteilung des auswärtigen Amtes arbeiten. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu:

„Nach unseren Ermittlungen bleibt als Kern der „Freiheit“-Bewegung nur die selbstverständliche Tatsache zurück, daß man sich in der sozialdemokratischen Partei für die Vorgänge im kommunistischen und unabhängigen Lager lebhaft interessiert, wie das wohl auch umgekehrt der Fall ist.“

Diese Behauptung des „Vorwärts“ ist eine so faule Ausrede, die sich nur durch seine tödliche Verlegenheit erklären läßt. Der Kern unserer Behauptungen besteht nicht darin, daß sich die rechtssozialistische Partei für die Vorgänge in der R. V. D. und U. S. V. „lebhaft interessiert“, sondern daß dieses „Interesse“ betätigt wird durch Achtgroßengungen, die im Auftrage des rechtssozialistischen Spindelbureaus in der Velleunestraße 7 sich in die gegenständlichen sozialistischen Parteien einschleichen, um dort als Spindel — und zweifellos auch als Lockvogel — zu wirken. Der „Vorwärts“ sucht diese fundamentale Tatsache zu leugnen.

Unter „Spindeln“ verstand man aber bisher bezahlte Leute, die sich unter einer Maske in das Vertrauen einer ihnen gesinnungsfremden Gesellschaft einschleichen, um dort zu spionieren. Wenn die „Freiheit“ zu wissen glaubt, sozialdemokratische Funktionäre hätten sich in einem bestimmten Fall solcher Spindel bedient, so fällt ihr die Last des Beweises zu, den sie bisher in keiner Weise erbracht hat.

Man muß schon die Eisenstirnigkeit der „Vorwärts“-Redakteure besitzen, um nach unseren eingehenden Feststellungen zu behaupten, wir hätten in keiner Weise den Beweis dafür erbracht, daß sozialdemokratische Funktionäre sich bezahlter Leute bedienten, die in einer ihnen gesinnungsfremden Gesellschaft spionieren sollten. Wir haben fest gestellt, daß die Leiter des Verlages für soziale Aufklärung, Wucherpiennig und Knothe, das Spindelbureau in der Velleunestraße 7 leiten. Wir haben ferner festgestellt, daß die rechtssozialistischen Führer, Weiß und Leub, die, obwohl von der Regierung bezahlt, in der Bezirksorganisation der S. V. D. Groß-Berlin arbeiten, bezahlte Spindel beauftragen, sich bei der kommunistischen Partei als Mitglieder einzuschreiben, Namen und Adressen der Führer auszufundschaffen, über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen zu berichten usw. Um einen besonderen Fall zu nennen, weisen wir darauf hin, daß der rechtssozialistische Führer im Juni einen Mann beauftragte, in Weißensfeld Wohnung zu nehmen, sich dort bei der kommunistischen Partei als Mitglied zu melden und Namen

und Adressen der kommunistischen Führer in Weißensfeld auszufundschaffen. Für seine Tätigkeit wurde ihm von Fuhrmann im Voraus 750 Mark bezahlt. Dies ist ein Fall von vielen, die die Tätigkeit der rechtssozialistischen Spindelbureaus illustrieren. Trotz aller Verlegenheitsausflüchte des „Vorwärts“ steht es fest, daß die Bezirksorganisation der S. V. D. Groß-Berlin in ihrem Rahmen ein Spindelbureau unterhält, das sein „lebhaftes Interesse“ für die R. V. D. und U. S. V. durch Einschmuggelung von Achtgroßengungen in die gegnerischen Organisationen betätigt.

Ebenso steht fest, daß das vom rechtssozialistischen Spindelbureau beschaffte Material durch Herrn Wucherpiennig der politischen Abteilung des auswärtigen Amtes übermittelt wird. Herr Wucherpiennig unterzeichnet seine Spindelberichte in der Regel mit dem Pseudonym „Bulano“.

Im auswärtigen Amt werden diese Berichte von Herrn Geheimrat Radolny, der rechten Hand des Reichspräsidenten Ebert, „zur Kenntnis“ genommen. Wir haben bereits in unserer Sonnabend-Abendnummer den Inhalt eines solchen Spindelberichtes und die entsprechende Aufschrift des Herrn Radolny wieder, ohne daß der „Vorwärts“ oder ein anderes Regierungsorgan bisher etwas hätte, diese Tatsache abjuristren.

Wir stellen also erneut fest: Die Bezirksorganisation der S. V. D. Groß-Berlins unterhält in ihren Räumen ein Spindelbureau, das seine Fäden über ganz Groß-Berlin spannt, die Angestellten dieses Spindelbureaus, die zugleich im Verband zusammenarbeiten, werden von der Regierung bezahlt; die Berichte gehen an die politische Abteilung des auswärtigen Amtes; einer der nächsten Berater des Reichspräsidenten Ebert nimmt diese Berichte „zur Kenntnis“.

So sieht diese Klotze aus, in der die rechtssozialistische Partei und das auswärtige Amt in trauter Seelengemeinschaft arbeiten und mit dem Gelde der Steuerschalter die Tätigkeit von Achtgroßengungen bezahlen, die das Gift der Korruption in alle Teile des Volkskörpers hineintragen.

## Eine scheinhellige Warnung.

B. L. B. meldet: „Dem Kriegsministerium sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen versucht worden ist, deutsche Militär- und Zivilpersonen unter betrügerischen Anwerbungen für ausländische Dienste anzuwerben. Die Schwindler firmen im In- und Auslande. Sie arbeiten gewöhnlich unter der Firma eines Werbebureaus für den Eintritt in ausländische Dienste“. Für die angebliche Einschreibung in die Bewerbestellen verlangen sie die Zulassung einer Gebühr von 10 bis 50 Mark. Das Kriegsministerium warnt eindringlich vor diesen Schwindlern.“

Die Warnung des Kriegsministeriums richtet sich lediglich gegen die wilden Anwerbungen für den englischen, amerikanischen oder japanischen Heeresdienst, die nachgerade fernerhaken in Deutschland betrieben werden. Gegen die Anwerbungen für die russische Konterrevolutionäre Armee hat das Kriegsministerium nichts einzuwenden. Es braucht, wenn es diese Werbungen verhindern wollte, nur die zahlreichen Werbebureaus auszudeben, die von uns namentlich genannt worden sind und von denen die meisten auch das Kriegsministerium unterrichtet ist. Die russischen Menschenschredder mit den deutschen militärischen Stellen Hand in Hand arbeiten. Wann gedenkt das Kriegsministerium endlich diesen Skandal ein Ende zu machen?

## Neue Provokationen.

Die deutschen Truppen, die sich in Lettland zum Schutze zurückziehen, versuchen durch neue provokatorische Akte die Bevölkerung zu reizen. Sie haben in vielen Orten die lettische Staatsflagge beschimpft, heruntergerissen und verbrannt. Die Truppen nehmen bei dem Rückmarsch eigene mäßige Requisitionen vor und rauben der Bevölkerung Pferde, Vieh, Lebensmittel und Geld. Teilweise werden sogar die Bräuen zerstört und Ueberfälle auf friedliche Bewohner gemacht. Die bei Riga stehenden deutschen Truppen verhalten sich gegen die lettischen Truppen zu provokatorisch. Diese nahmen den Kampf jedoch nicht an und vertrieben dadurch die deutschen Truppen. Das provokatorische Auftreten der deutschen

## Glossen zur Zeitgeschichte.

### Meinem Parteigenossen Roste gewidmet.

Von Paul Haber,  
Chefredakteur des „Vorwärts“.

„Gewalt kann man nicht mit Gewalt bekämpfen. Dann macht man sich selber schuldig.“

„Je mehr ins Gefängnis gehn, um so mehr sammeln sich draußen um unsere Fahne, und so tun sie grad das, was sie verhindern wollen.“

„Die Bewegung geht trotzdem weiter und gerade dadurch. Jede Lücke wird gleich wieder geschlossen. Sie kriegen uns doch nicht unter.“

„Jeder Schlag, der einen von uns trifft, wo immer er fallen mag, trifft mich; jedes Unrecht, das einem Menschen geschieht, auf der weiten Erde, das trifft mich mit ins Herz. Aber freilich, härter als alle Empörung soll mein Wille sein, unseren Feinden nicht in die Hände zu arbeiten. Und wenn ich darüber zerbrechen sollte, meine Selbstbeherrschung sollen sie mir nicht nehmen.“

„Den Arbeitern genügt es noch nicht, daß sie geprügelt werden, sie prügeln sich noch selber.“

„Ueber Reichen geht alles rund um uns herum.“

Rochwort der Redaktion: Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, wollen wir bemerken, daß Herr Haber diese trefflichen Worte schon vor mehreren Jahren niedergeschrieben hat, nämlich in seinem Drama „Das Gesetz“. Als Schilderung der Gewaltpolitik verdammten, als Chefredakteur des „Vorwärts“ bezogen muß er sie verteidigen.

## Bilder von der Luzerner Konferenz.

Der bürgerlich-demokratischen „Basler National-Zeitung“ entnehmen wir folgende interessante Momentbilder ihres Korrespondenten von der Sozialistenkonferenz in Luzern: 7. August . . . Verlesung einer gemeinsam von den französischen Mehrheiten und den deutschen Unabhängigen verfaßten, etwas schärferen Resolution: „L'onguet trägt sie vor. Eine teilweise erschreckend ärmliche Rede des deutschen Reichsleiters Weiss, der mit den Stimmgabeln eines Unteroffiziers arbeitet und etwa auf demselben geistigen Niveau steht. Interessant lediglich, weil einige Zwischenrufe Wohlwäter aus das Verdächtige der von Parisierlingen in Frankreich und Deutschland wachen. Bei Weiss' Verlesung, die deutsche Sozialdemokratie habe den Krieg als Verteidigungskrieg geführt, bemerkt der Rindergehirner Re. aus dem hocht ironisch „tres bien“ (sehr gut). Und als Weiss erklärt, die deutschen Sozialdemokraten würden bei einem deutschen Sieg Wählgung gezeigt haben, lacht die deutsche Mehrheit mit der französischen Mehrheit wie über einen guten Witz . . .

Ein verpöhlender Tag! Aber es steht doch Verbaltes bevor: Weiss hat mit seiner Wollstille Rede wenigstens die deutschen Unabhängigen (auch sein Parteigenosse Beerstein schüttelte über jenen Plumpheit den Kopf) und die Franzosen beider Richtungen provoziert.

8. August: Freitag morgen beginnen sich die Unbestimmtheiten zu gestalten, als der Italiener Canepa, ruderer Minister, Mitglied der italienischen Reichspartei und doch radikaler als die meisten Anwesenden, ein interessanter Graupf. praktische Arbeit liefert. Der Essäler Gruembach folgt mit einem flammenden Ruf zur Einigkeit. Weiss wirft er vor, er habe kein Recht, hier die Politik der deutschen Mehrheit zu vertheidigen. Weiss antwortet mit einem Zwischenruf, der vollends die Enttäuschung des Redners entleert. Ohne die Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie indes gebe die Revolution in Deutschland zugrunde. Während der Uebersetzung steigert sich die Wut des Herrn Weiss und seine Zwischenrufe werden unerbittlich und ihr Sinn nur aus ihrem Ton ersatzbar, als der Unabhängige Hiltzering im Dome eines sibirischen, tüchtigen Rechtsanwalts — welcher Gegenstand zu dem unbeherrschten Vertreter der Mehrheit! — über diese abrednet, sie als Schritt-macher der Gegenrevolution kennzeichnet und unter großem Beifall erklärt, sie seien keine sozialistische Partei mehr. Wogegen der greise Vernekin empört protestiert, und dann selbst das Wort ergreift. Die dritte Internationale sei ein Rückgriff auf die früher verworfenen Ideen Saturnus. Er kann Hiltzering gegenüber der zweiten Internationale nicht bestehen: Hiltzering's Ausführungen gegen die deutsche Mehr-

heit rufen sich auch gegen eine Weite her Vertreter anderer Parteien. Und die Einigkeit in Deutschland sei vor allem möglich, weil Deutschlands Schicksalsunde, ob die Republik leben oder sterben solle, vor der Lüge stehe. Der Kommunismus, den die Unabhängigen unterstützen, bedeute vollends den Untergang Deutschlands. Die zwei Parteien sollen sich zur Bekämpfung des Streiks, besonders in den Kohlenbergwerken, die Hände reichen. Diesem Ziel, das allein die Republik retten kann — überlassen die Auffassung Gruembach — habe er sich gewidmet. Vernekin wiederholt auch in französischer Sprache — „en français allemand“, wie er bemerkt — seine eindringliche Mahnung zur Einigkeit.

Weiss bekennt sich noch dem guten Eindruck, den der mitteldeutsche Vernunft gemacht, zur Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat. Er will den Bruchwechsel zwischen den beiden Parteien veröffentlichen. Was man bekanntlich weiß, wenn man sich in Defensivlage befindet, mag sie auch noch so unheimlich geben. Vorläufig ist, nach dem wagnerschen Beifall, den Weiss und er erteilt, das Nichtrauen gegen die deutsche Mehrheit, obgleich Vernekin eine unvergleichlich gewinnendere Mehrheit ist als Weiss, noch wenig geschwunden.

9. August: . . . Die Crispin das Rednerpaar beginnt, fühlte man, daß da etwas zum Vagen kommen wird. Crispin e. wie sich für einen deutschen Unabhängigen ergreift von seiner Uebersetzung, daß die Weltrevolution kommen wird nicht zum Studium solle man schreiten, wie Rembrandt verhalten, sondern zur Aktion! Dann aber wendet er sich als mäßigem Kritiker gegen Weiss hinüber. „Es ist nicht wahr“, beginnt er, „daß die Unabhängigen mit den Kommunisten ein Herz und eine Seele sind. Weiss, ohne es mit einer etwas holterische mit sich selbst zu vergleichen macht heitere Zwischenrufe mit dem roten Kopfe. Man versteht kein Wort davon, sondern nur, daß Weiss während Crispin spricht gelassen und tonlos steht. Es werde der deutschen Majorität auf dem nächsten Parteitag nicht geschwiegen werden, daß die Welt für ihre Zukunft die Kräfte zu rekrutieren. Weiss Sekretär, ein jugendlicher, schlanker Herr Schiff, unterläßt das Gehrähl seines Vorgesetzten. Da erlaubt sich Gruembach die Bemerkung, Schiff sei nicht qualifiziert, worauf Weiss ebenso heftig antwortet, er, Gruembach, auch nicht. Leidenschaft macht — blind. „Wenn Sie auch nicht sind, müssen Sie nicht groß sein“, repliziert Gruembach. „Ich bin klein. Der Führer hat den Genuß, drei letzten laute Schritte fast gleichzeitig zu vernahmen, deren jede schon im bloßen Ohr die verändernde Gefühle von unerbittlicher Erregung und Haders, von Wut und das des Angelegten und Gedrückten des temperamentvollen Kritikers trefflich wiederholt.“

Duoden geschieht zu dem Zwecke, die besten zum Kompf herauszuheben. Die Deutschen wollen sich dann als die Ueberwältigten darstellen und auf diese Weise die Möglichkeit gewinnen, an der russischen Bevölkerung, die das Verbleiben der deutschen Truppen nicht länger mehr dulden will, Rache zu nehmen. Die lettische Regierung hat im Verein mit den englischen Vertretern energische Maßnahmen gegen das Vorgehen der Deutschen ergriffen. Die während der Okkupationszeit verschleppten Schiffe, Prähme und Hochboote müssen zurückgegeben oder ersetzt werden.

### Was geht in Pommern vor?

Wie der rechtssozialistische Stettiner „Volkswacht“ berichtet, bereifen seit einiger Zeit Offiziere der Berliner Wehrzentrale die Provinz Pommern, um dort Verbände für die Reichswehr einzurichten. Wesentlich ist es noch Artikel 177 des Friedensvertrages verboten, den Einwohnern wehren um militärischen Charakter zu geben oder an ihrer Organisation mitzuwirken zu beteiligen, wie Klose in seinem Bericht am 5. Juli 1919 zugeteilt wurde. Das hinderte diese Offiziere aber nicht daran, Großpartien und die ihnen nahe liegenden Kreise in immer steigendem Maße mit Waffen auszurüsten.

Welchen Umfang diese reaktionäre Organisation angenommen hat, sieht man aus einer Waffenforderung des in Greifenberg in Pommern stationierten Leutnant Kalschok, der für fünf Personen, darunter zwei Adlige, ein Gewehr, ein Maschinengewehr, nicht weniger als 310 Gewehre und 6 Maschinengewehre anforderte. Damit die Lieferung nicht bekannt wird, sollen die Waffen an die Unteroffizierschule in Greifenberg geschickt und von dort abgeholt werden. Weiter wurden zur direkten Lieferung an drei Hauptkommande 70 Gewehre und vier Maschinengewehre verlangt. In Rippen verpackt und als „Eisenrohre“ deklariert soll der Landrat a. D. von der Marwitz in Könow 30 Gewehre und zwei Maschinengewehre und ein Mittergüterhändler Steliner die gleiche Waffensumme als „landwirtschaftliche Maschinen“ erhalten.

Aus der Zusammenlegung der Empfänger geht deutlich hervor, daß diese Waffen gegenrevolutionären Zwecken dienen sollen. Wenn es sich um die Bewaffnung der Einwohnernwehren handelte, würde die Geheimhaltung der Lieferung nicht erforderlich sein; allerdings müßten nach dem von uns am 30. März wiedergegebenen Rundschreiben des Ministeriums des Innern dann auch die Waffen an die Landräteämter und nicht an Privatpersonen abgeliefert werden. So aber wird kein Mensch ernsthaft behaupten können, daß ein Wehrlicher als Waffenempfänger der Einwohnernwehren fungieren sollte, weil keine amtliche Stelle vorhanden sei. Aus der ungeheuren Menge der angeforderten Waffen, der Unmöglichkeit ihrer Verbringung und den Namen der Empfänger geht vielmehr unzweifelhaft hervor, daß es sich um eine revolutionäre Organisation handelt, welche die Bewaffnung des gegenrevolutionären Großpartisanentums betreibt. Wir können es verstehen, daß diese Kreise die Verwirklichung ihrer Ziele mit allen Mitteln erstreben. Aber es ist unglücklich, daß die Regierung nicht nur diesem hochverräterischen Treiben freien Lauf läßt, sondern sogar mit allen staatlichen Mitteln Vorstoß leistet. Es muß dringend gefordert werden, daß diese fragwürdigen Waffenzentralen aufgelöst und ihre Inhaber zur Rechenschaft gezogen werden.

### Gleiches Recht für alle!

Die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie in Wangede (Wesfalen) veranstaltete am 10. August ein Sommerfest, an dem auch die Dortmunder Parteigruppen teilgenommen wollten. Sie wandten sich deshalb, den Bestimmungen des Lagerungszustandes folgend, an die Polizeibehörde um Genehmigung eines gemeinsamen Spazierganges nach Wangede. Nach langem Warten wurde ihnen die Antwort zuteil: „Für den geplanten Durchmarsch der Filiale Dortmund der U.S.D. nach Wangede könne die Genehmigung nicht erteilt werden.“ Zur gleichen Zeit prangten an allen Ecken Wandtafeln, auf denen Zentrumsgrößen und die Reichssozialisten Anträge durch die Stadt anfruchteten. Die sind über diesen Bescheid nicht erhaben. Hat sich doch unter dem sozialistischen Firmennamen die Sünde eingebürgert, die Unabhängigen Sozialdemokraten bei allen Gelegenheiten als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Trotzdem verlangen wir

Person nicht mit olympischer Ruhe in das Getümmel — er versteht nämlich kein Wort Deutsch. — Der Mißgeschick den beiden deutschen Parteien ist nicht. Ich erkundigte mich bei einem Mitglied der Kommission, in deren Sitzungen man seinen Gefühlen laß wohl noch weniger Zwang antwort, ob die zwei französischen Parteien auch so wild aufeinander seien. Er erklärte: „Nicht entfernt so! Die Franzosen nehmen nicht alles gleich so persönlich.“

10. Aug. ... Friedrichs Rede gab mir zum Abgeschlachten und Weisheit, was in Lugern zu hören war. Schon Kernstein habe das Thema angefaßt, als er sagte, an dem Streit zwischen den beiden Parteien werde Deutschland zugrunde gehen. Adler sprach mir wiederholend, was er in Venn gesagt; als ich noch heute sagte: Es war ein Verstummen von den imperialistischen Regierungen irgend etwas zu erwarten für das Proletariat. Der Krieg war der Gegenstand zwischen zwei imperialistischen Mächten. Auch Adler ist gegen den Bolschewismus, er beklagt und verurteilt viel, was er ist es immer als Sozialdemokrat. Das Wichtigste ist die Behauptung der Einheit der Partei. Dies ist in Deutschland nicht möglich. Wirtschaftlich gehe es dort viel schlechter, als in Deutschland, politisch hingegen viel besser. Das abschreckende Beispiel für die Internationale sei Deutschland und Rußland, das Vorbild für die russische Sozialdemokratie. Er bedauert auch, daß die glorreiche zweite Partei hier nicht vertreten sei. Wenn Adler zwischen dem zweiten und dritten Internationalen wählen sollte, so gewöhne er sich nicht, da in beiden die internationale Idee nicht ganz aufgegeben ist. Er gesteht unumwunden die Schwäche der Internationalen ein, erwartet eine Entschärfung, empfiehlt die Taktik, das Proletariat nicht zu zerstreuen; daher nimmt er zu vielen Fragen gar nicht Stellung und zweifelt sogar, ob man in Genf das kann nicht tun können.

Schwartz empfiehlt jetzt Schluss der Debatte, um den beiden Berichterstattern das Schlußwort zu erteilen. Es ist ein dankbares, nacheinander die beiden Antragssteller zu hören: die hohe,

um so mehr Behauptung der gleichen Rechte wie alle andere Parteien, als es in der jetzt zum Gesetz erhobenen Verfassung ausdrücklich heißt, daß alle Bürger des Staates gleiche Rechte genießen sollen.

### Die S. P. D.-Fraktion zur Neuwahl der Arbeiterräte.

Zu den vom Volksgenrat ausgeschriebenen Arbeiterratswahlen nahm am Montag eine von dem Volksgenrat der S. P. D. und D. P. einberufene Versammlung Stellung. Während der Reichssozialist Büchel und der Demokrat Fischer behaupteten, daß die Wahlnahme des Volksgenrats nur politischen Zwecken diene und den ruhigen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens behindern sollte, sprach Kallist in verständlichem Sinne. Die Erfassung der Wählermassen sei an sich gut. Wenn die U.S.D. die bindende Erklärung abgibt, daß sie damit einverstanden sei, daß ein neutraler Wahlkommissionar die Wählererfassung leite, könne man wohl mit der U.S.D. in diesem Punkte zusammengehen. Ein dementsprechender Antrag Kallists wurde jedoch abgelehnt.

Einstimmig wurde sodann von der Versammlung die Veröffentlichung eines Aufrufes gutgeheißen, in dem betont wird, daß die Durchführung der Erfassung der Wähler in völlig unparteiischer Weise bei paritätischer Mitarbeit aller Fraktionen der Arbeiterräte vor sich gehen muß und daß über die Berechtigung zur Wahl einheitliche Bestimmungen für das ganze Reich geschaffen werden müssen.

Es ist bezeichnend, daß der Verständigungsversuch Kallists von der Versammlung abgelehnt wurde. Ohne einer Stellungnahme des Volksgenrats zu dieser Angelegenheit voranzureifen, möchten wir aber doch betonen, daß die Anschauung, die Wahlen müßten von allen Fraktionen gemeinsam vorgenommen werden, sehr eigenartig beruht, nachdem die S. P. D. und D. P. Fraktionen aus dem Volksgenrat ausgetreten sind und diese gemeinsame Arbeit dadurch verhindert haben.

### Der Kampf um die Arbeiterräte.

T. U. Nordbrabe, 19. August. Die Landesversammlung badischer Arbeiter- und Soldaterräte nahm nach stürmischer Aussprache einstimmig eine Entschließung an, wonach die Arbeiterräte erst aufzulösen sind, sobald die Vertriebsräte eingeführt und Volkssekretäre geschaffen sind. Ein von der radikalen Minderheit der Landesversammlung der Arbeiterräte ausgesprochenes Mißtrauensvotum wurde von der Mehrheit abgelehnt.

### Beziehung von Chemnitz.

Chemnitz, 10. August. M. T. W. teilt mit: Die um Chemnitz versammelten Truppen sind heute früh kampfbereit in die Stadt eingedrungen. Der Oberbefehlshaber teilt in einer durch Plakat abgeworfenen Bekanntmachung an die Bewohner von Chemnitz und Umgebung mit: Nachdem meiner Aufforderung vom 11. August zur Waffenablieferung und Wiedereinlieferung der widerrechtlich befreiten Gefangenen bisher nur in gänzlich unzulänglichem Maße entsprochen worden ist, rüde ich zur Durchführung der für die Wiederherstellung dauernd geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen heute mit den mir unterstellten Truppen in die Stadt ein. Die Bevölkerung ersuche ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu bewahren, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

### Arbeitslosendemonstration in Köln.

Köln, 18. August. Heute mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitslosen der städtischen Kanalarbeiter und der Postkonditorarbeiter vor dem Rathaus. Vormittags hatte eine Verammlung stattgefunden, wo eine Entschließung angenommen wurde, in der u. a. von der Stadverwaltung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, ferner die Gewährung einer Feuerungszulage gefordert wurde. Eine Kommission wurde nach dem Rathaus entsandt, die mit der Stadverwaltung verhandeln und Antwort zurückbringen sollte. Als dann der Bescheid kam, daß der Oberbürgermeister im Urlaub sei, beschloß die Teilnehmer, sich

orlistokratische Gestalt Longuet's und den recht bürgerlichsten wohlgenährten Renaudel, jener hochgelobte, dieser hochgelächelt, beides ja zehende Weiser und Redner. Longuet hebt hervor, daß der Untergang der russischen Revolution überall, wie einst 1848, der Reaktion zum Sieg verhelfen werde, Renaudel erklärt an die Grundbedingung für die Internationale, die auf dem Weltvertrabene Entscheidung der Schlußfrage. Wiedermals gerät er in höchste Aufwallung, als er sich an Weiss wendet: „Was die Deutschen hätten bessere Bedingungen gemacht, wenn sie gefesselt haben würden? Allons donc!“ Seine stanzösischen Begleiter, die um Longuet, stimmen ihm bei. Auch Renaudel haut auf das Pulver und schreit. Aber welcher Unterschied gegenüber Weiss, welche Beherrschung, Logik, Bildung, Terribilität, Kultur! In diesem Augenblick mag noch andere der Gedanke aufblitzen sein, daß das größte Hindernis für den endgültigen Zusammenschluß der Internationalen der Vertreter der deutschen Mehrheit ist, obwohl gerade er sie am lebhaftesten zusammengeschlossen wünscht: wäre Bernstein an Weiss' Stelle gestanden, als offizieller Vertreter der Mehrheit, der er ja angehört, so wäre wohl mehr erreicht worden, da ja Bernstein in der Schlußfrage klarer steht als seine Freunde.

Im Wagner-Theater erlebte gestern das „Gesetz“, das gesinnungstüchtige Schauspiel von Paul Vaber, seine 50. Aufführung. Die dicke Ausübung des Stoffes verleiht auch diesmal ihre Wirkung auf das zahlreich erschienenen Publikum nicht. Wenn die Handlung des Stückes auch in die Zeit des Sozialismus geföhrt verlegt ist, so erinnert sie doch so stark an die Gegenwart, daß man unwillkürlich zu Vergleichen und Schlussfolgerungen gezwungen ist. Damals waren es Polizeibeamte und Bürokraten und der alte Gewalthaber, von denen das Proletariat geplagt und verachtet wurde. Heute sind es die eigenen Parteigenossen des Verfassers, die die Methoden des Sozialismus wiederholen. Aber man geht mit der tödlichen Gewißheit aus dem Theater, daß auch die von den Parteigenossen des Herrn Vaber geübte Gewalttätigkeit den Aufstieg des Proletariats nicht zu hindern vermag. — Die Beziehung der Rollen hat sich seit der Erstausführung nur wenig geändert. Sie brachte das Stück zu wirkungsvoller Darstellung.

Im Deutschen Theater findet am Dienstag, den 19. d. M., die 50. Aufführung des Söwankes „Aus ich war ein König“ statt. Die Aufführung des „Herzlichen Waisen“ im Deutschen Theater ist infolge eines krankhaften Verfalls der Rolle einer der Hauptdarstellerinnen, Frau L. Potopkaja, nicht genannt worden.

Die Antwort selbst vom Rathaus zu holen und gegen 11 Uhr vor das Rathaus, wo sie den Polizeicommandanten Dr. W. aufforderten, sofort mit ihrer Kommission die Verhandlung über ihre Forderung aufzunehmen.

### Generalstreik im Oberelsaß.

Mülhausen, 18. August. (Sabas.) Im ganzen Ober-Elstsch ist von der Arbeiterschaft ab heute der Generalstreik erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonntag morgen leuchte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausstand ebenfalls lahmgelegt.

### Ein neutraler Schritt für die Kriegsgefangenen?

Amsterdam, 10. August. Die „Times“ meldet, daß von zogen neutralen Regierungen am 11. August Schritte bei der englischen Regierung unternommen wurden in Sachen der Selbsterhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

### Die Reaktionsherrschaft in Ungarn.

Die Verhandlungen des ungarischen Ministerpräsidenten über die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung sind endgültig gescheitert. Garanyi hat dazu einem Pressevertreter mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Partei es ablehne, an der Regierungsbildung in Ungarn teilzunehmen, solange ein Mitglied des Hauses Gabbaz mit Machtvollkommenheiten betraut ist. Die Wahlen, die von der reaktionären Regierung vorbereitet und durchgeführt werden, würden von den ungarischen Arbeitern niemals anerkannt werden, weil sie nur unter reaktionärem Druck zustande kommen würden.

Zwischen Ungarn und Oesterreich drohen Differenzen auszubreaken, weil die deutschen Bezirke Ungarns sich an Oesterreich anschließen wollen. Eine Delegation aus diesen Bezirken ist nach Wien gekommen und hat die Oesterreichische Regierung ersucht, die Weisung zu übernehmen.

### Massenprozeß gegen die ungarischen Kommunisten.

T. U. Budapest, 10. August. Die Staatsanwaltschaft teilt Vorbereitungen zu einem Massenprozeß gegen die Kommunistenführer, von denen über 3000 vor Gericht gestellt werden sollen. Sämtliche Vermögen der gewesenen Volkskommissare wurden beschlagnahmt.

### Neue Verhaftungen.

Budapest, 18. August. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftete, wie das Ungar. Tel.-Büro teilt, die Polizei den ehemaligen deutschen Volksbeauftragten Heinrich Kalmar und den ehemaligen Volksbeauftragten Anton Dvořak. Kalmar wird beschuldigt, in Oedenburg und Umgebung versucht zu haben, die deutsche Bevölkerung zu revolutionieren.

Für die Errichtung des Staatsgerichtshofes hat der achte Verfassungsausschuß der Nationalversammlung einen Antrag formuliert, der dem Plenum vorgelegt werden soll. Ein Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern wird eingesetzt, der durch Erhebung aller Beweise feststellen soll: 1. Welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt haben, insbesondere 2. ob anläßlich und seinen Verlauf herbeigeführt haben, insbesondere 2. ob Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensgesprächen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, 3. ob im Verlaufe der politischen und militärischen Leitung unter 3. ob im Verlaufe der politischen und militärischen Leitung und mit der Volkvertretung oder deren Vertretern Männern Treu und Glauben gewahrt worden sind, 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die die Vorschriften des Völkerrechts verletzen; haben oder über die militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinaus grausam und hart waren. Weiter hat der Verfassungsausschuß einen Gesuchentwurf wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes zu beantragen. Zur Ausführung des Friedensvertrages ist der Nationalversammlung ein Gesuchentwurf zugegangen. Durch ihn soll die Regelung ermöglicht werden, die Verbindlichkeiten zu regeln, die nach Beilegung des Kriegszustandes fällig werden. Land- und forstwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Betriebe, die in der Lieferung und Dienstleistung angehalten werden, die für die Ausführung des Friedensvertrages oder ergänzender Maßnahmen erforderlich sind. In der Begründung wird dazu gesagt: „müsse Vorkehrungen getroffen werden, daß die deutsche Regierung in der Lage ist, nötigenfalls auch gegen den Willen der Beteiligten, die gesamten wirtschaftlichen Kräfte des Reiches bis zur äußersten Grenze für die Erfüllung der in dem Friedensvertrag über in den etwaigen ergänzenden Abkommen übernommenen Verpflichtungen nutzbar zu machen und somit weitere schwere finanzielle und wirtschaftliche Nachteile abzuwenden. Der Entwurf sieht in bedeutendem Umfange die Bildung von Leistungsverbänden vor. Die Einzelheiten werden durch besondere ergänzende Vorschriften geregelt.“

Das finnische Regierungsprogramm. In der ersten Sitzung der neuen Regierung hielt der Staatsminister Vennola eine Programmrede, in der er unter anderem erklärte, die erste Pflicht der Regierung sei, die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit des finnischen Gebietes gegen etwaige zukünftige Annexionen zu verteidigen. Finnland werde ein freundschaftliches Verhältnis zu den Nachbarstaaten anstreben, Innerpolitisch müsse nach gerechtfertigter Verhandlung strebt werden. Alle Verträge, die finnische Ordnung zu erstärken würden unbedingt zurückgewiesen, die Verbreitung des Bolschewismus von der Regierung kräftig verhindert werden.

Wegen der Kohlennot wird vom 19. August ab auf der österreichischen Südbahn der Schnellzugsverkehr gänzlich eingestellt.

Zum britischen Minister für das Verkehrswesen ist Eric Geddes ernannt worden.

### Aus aller Welt.

Ein neues Explosionsunglück. Bern, 18. August. Nach einer Meldung des Temps aus Doubsange hat im Anor-Wald vorgestern eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals acht deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Riesenschleichen eines höheren Eisenbahnbeamten. Vor einigen Wochen traf auf dem Bahnhof Stolz in Pommern ein Waggon mit amerikanischen Douerwurfs ein. Einige Zeit darauf mietete ein unbekannter Eisenbahnbeamter von der

